



Prof. Dr. Beate Jochimsen ist  
Forschungsdirektorin für  
Föderalismusanalyse am DIW  
Berlin.



Prof. Dr. Gert G. Wagner ist  
Vorstandsmitglied des DIW  
Berlin.

Beide sind Mitglieder der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags und geben hier ihre persönliche Meinung wieder.

Die von allen Seiten zu hörende Kritik stimmt: Die Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Fahrplan zur besseren Erreichung dieser drei Ziele einigen. Das war aber auch von vorneherein ein vermessenes Ziel: Warum sollte eine kleine Kommission, die die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag widerspiegelt, bei den ganz großen Fragen der Politik, wie etwa der Frage nach dem „richtigen“ Wachstum, Einigkeit erzielen? Über diese Fragen wird doch politisch gestritten. Darum wird gewählt – darum muss mit Mehrheit entschieden werden. Die Wissenschaft kann da nicht weiterhelfen.

Wissenschaft kann allerdings weiterhelfen, wenn es um die statistische Messung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität geht. Das war ja ein zentrales Ziel der Enquête. Es ging dabei um das Finden von „Indikatoren“, die helfen, dass die Menschen und die Politik sich auf einer klaren sachlichen Basis über politische Ziele streiten. Und mit der Entwicklung der sogenannten W3-Indikatoren hat die Enquête dieses Ziel erreicht. Die W3-Indikatoren definieren für die Bereiche Wirtschaft, Ökologie sowie Soziales und Teilhabe statistische Kennziffern. Aber am Ende gab es dann im Bundestag doch wieder Streit: Regierungsfaktionen und SPD/Bündnisgrüne haben zwei unterschiedliche Entschließungsanträge vorgelegt. Sie sind sachlich weitgehend deckungsgleich. Nur im Hinblick auf die Einbettung der W3-Indikatoren in den politischen Betrieb gibt es unterschiedliche politische Vorstellungen.

Einigkeit herrscht bei allen Fraktionen im Bundestag darüber, kein „Anti-BIP“ zu wollen, das das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ersetzt. Denn man kann wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele nicht in einer Zahl ausdrücken. Deswegen beziehen sich beide Entschließungsanträge auf einen Indikatorensatz, der die gleichberechtigten Dimensionen Ökonomie, Soziales und Ökologie umfasst.

Alle Fraktionen sind sich einig, dass die inhaltliche Betreuung des Indikatorensatzes durch das Statistische

## Wohlstandsmessung: Mehr Konsens als Dissens im Bundestag

Bundesamt erfolgen soll. Und in beiden Entschließungsanträgen wird betont, dass die statistischen Grundlagen – wo notwendig – weiterentwickelt beziehungsweise verbessert werden sollen. In beiden Entschließungsanträgen wird schließlich gefordert, dass die Bundesregierung zu den Indikatoren und ihrer Entwicklung Stellung nehmen muss. Das ist ein ganz wichtiger Punkt der Einigkeit: Denn nur dann, wenn die Bundesregierung zu allen drei Dimensionen der W3-Indikatoren Stellung nehmen muss, werden diese Indikatoren und Ziele politisches Gewicht erlangen. Und genau in den Details der Berichtspflicht, die das gewünschte politische Gewicht der W3-Indikatoren widerspiegeln, unterscheiden sich die beiden Anträge.

Die Regierungsfaktionen wollen, dass die Regierung nur einmal pro Legislaturperiode zu den Indikatoren und den Kommentaren des Sachverständigenrates Stellung nimmt. SPD/Bündnisgrüne wollen jährlich Stellungnahmen. Hier sind klare Unterschiede in der angestrebten öffentlichen Wahrnehmung erkennbar. Ähnliches gilt für die Analyse und Kommentierung der Indikatoren durch Sachverständigenräte. Die Regierungsfaktionen wollen dies auf den Sachverständigenrat für Wirtschaft beschränken, der sich noch mit dem Rat für nachhaltige Entwicklung „ins Benehmen“ setzen soll. SPD/Bündnisgrüne fordern einen neuen Sachverständigenrat, nämlich für „soziale Entwicklungen“, um alle drei Dimensionen der Indikatoren mit der gleichen politischen Relevanz zu versehen.

Welcher Berichtsfrequenz und welchem Beratungsmodell man folgt, hat nichts mit richtig oder falsch zu tun, sondern hängt von Wertvorstellungen und politischen Zielen ab. Entschieden wird im Bundestag und im Herbst von den Wählerinnen und Wählern. Dass diese klare Alternative für die Messung und Bewertung von Wohlstand und Lebensqualität auf dem Tisch liegt, ist das Verdienst der Enquête-Kommission. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
80. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Dr. Kati Schindler  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Karl Brenke

#### Textdokumentation

Lana Stille

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.